

Sozialhilfe: Unterstützung eines zu Hause lebenden jungen Erwachsenen

§ 5 SHG - Keine Unterstützung an die Aufwendungen für eine angemessene Wohnung, da die Leistung der Eltern (das Wohnen lassen) als freiwillige Leistung der Sozialhilfe vorgeht (E. 14-18).

§ 9 Absatz 2 SHV - Kopfquotenberechnung, wenn eine unterstützte mit einer nicht-unterstützten Person im selben Haushalt lebt (E. 22 und 23).

§ 8 SHV - Kürzung des Grundbedarfs um diejenigen Aufwendungen, die dem jungen Erwachsenen nicht anfallen (E. 24 und 25)

Aus den Erwägungen:

13. Mit ihrer Beschwerde rügt die Beschwerdeführerin insbesondere die unterlassene Ausrichtung der Wohnungskosten in der Höhe von Fr. 400.-- durch die Sozialhilfebehörde. In materieller Hinsicht ist demnach zu prüfen, ob die Sozialhilfebehörde zu Recht der Beschwerdeführerin die Kosten an die Wohnung nicht gewährt hat. - Gemäss § 4 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2001 über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (SHG, SGS 850) haben notleidende Personen Anspruch auf unentgeltliche Beratung und materielle Unterstützung. Unterstützungen werden gewährt, wenn die zumutbare Selbsthilfe, die Leistungen der Unterhalts- und Unterstützungspflichtigen sowie die gesetzlichen, vertraglichen und sonstigen Leistungen Dritter nicht ausreichen oder nicht rechtzeitig erhältlich sind (§ 5 Absatz 1 SHG; Subsidiaritätsprinzip). Die Unterstützungspflicht der Verwandten wird bei Verwandten in auf- und absteigender Linie berücksichtigt, die sich in günstigen Verhältnissen befinden und für die die Unterstützung nicht unbillig ist (§ 5 Absatz 2 SHG).

14. Wegleitend für die Bestimmung von Art und Umfang der Sozialhilfeleistungen ist nebst der Sozialhilfegesetzgebung des Kantons Basel-Landschaft in der Praxis ebenso das Handbuch Sozialhilferecht. Dieses kommentiert die Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes und der Sozialhilfeverordnung und erläutert deren Anwendung. Das Handbuch Sozialhilferecht besagt unter dem Titel "Wohnsitz bei den Eltern bzw. beim Kind" unter anderem, dass dadurch, dass die Eltern ihr unterstützungsbedürftiges erwachsenes Kind bei sich aufnehmen oder wohnen lassen, sie freiwillige Leistungen erbringen, die der Sozialhilfe vorgehen. Ob diese aufgrund einer Verpflichtung oder auf freiwilliger Basis erfolgen, ist unwesentlich. Zu berücksichtigen sei ausserdem, dass den Eltern durch die Aufnahme des unterstützungsbedürftigen erwachsenen Kindes keine zusätzlichen Kosten entstehen. Auch für den Fall, dass die Eltern aufgrund ihrer finanziellen Lage nicht verpflichtet wären, das Kind durch Geldbeträge zu unterstützen, ist es für sie zumutbar, für ihr Kind, das sie freiwillig in ihre Wohnung aufgenommen haben, eine Leistung zu erbringen, die für sie bezüglich der Wohnungskosten zu keiner finanziellen Mehrbelastung führt. Die Frage, ob die Eltern gemäss den Artikeln 328 und 329 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210) verwandtenunterstützungspflichtig wären, ist irrelevant. Die Artikel 328 und 329 ZGB sollen aber immerhin auf die bundesgesetzlich verankerte Verwandtenunterstützungspflicht hinweisen.

15. Die hiervor zitierten Ausführungen des Handbuchs Sozialhilferecht wurden auch bereits durch das Kantonsgericht bestätigt (vgl. VGE Nr. 227 vom 8. Dezember 1999, E. 4). Ergänzend hielt das Kantonsgericht in diesem Zusammenhang fest, dass durch die

Sozialhilfe an die notbedürftige Person ihre eigene Notlage und nicht diejenige der Mutter [bzw. Eltern], die nicht von der Sozialhilfe unterstützt werden, behoben werde. Es lasse sich nicht mit dem Grundgedanken der Sozialhilfeleistungen in Einklang bringen, dass durch die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen an die bedürftige Person indirekt die Mutter [bzw. Eltern] finanziell unterstützt werden soll. Sei die Mutter [bzw. seien die Eltern] nicht bereit, ihre Tochter bei sich hausen zu lassen, so stehe es ihr [ihnen] frei, der Tochter den Wegzug nahezu legen (a.a.O., E. 4b).

16. Der namentliche Verwaltungsgerichtsentscheid ist am 8. Dezember 1999 ergangen. Zu diesem Zeitpunkt hat im Kanton Basel-Landschaft im Bereich der Sozialhilfe das Fürsorgegesetz vom 6. Mai 1974 (FüG, GS 25.568) gegolten. Der Verwaltungsgerichtsentscheid ist somit unter altem Recht ergangen. Die Ausführungen im Verwaltungsgerichtsentscheid zeigen, dass hauptsächlich auf die Erläuterungen des "Handbuchs Fürsorge" abgestellt worden ist, da zum damaligen Zeitpunkt die Bestimmungen im Fürsorgegesetz oftmals nur sehr allgemein formuliert waren (a.a.O., E. 3c). Da sich seither im Handbuch in Bezug auf das Wohnen von unterstützungsbedürftigen Erwachsenen bei ihren Eltern keine Änderungen ergeben haben, auch das Sozialhilfegesetz bezüglich Wohnungskosten gegenüber dem Fürsorgegesetz nicht geändert hat und gewisse Ausführungen des Gerichts im Entscheid im neuen Sozialhilfegesetz teilweise sogar aufgenommen worden sind, gelten die im namentlichen Verwaltungsgerichtsentscheid vom Gericht vorgenommenen Erwägungen in dieser Angelegenheit auch heute noch.

17. Die Beschwerdeführerin bringt verschiedene Gründe vor, weshalb der oben zitierte Verwaltungsgerichtsentscheid gegen das Bundesrecht, verschiedene Bestimmungen der Schweizerischen Bundesverfassung vom 18. April 1999 (BV, SR 101), die UNO-Pakte I und II und die EMRK verstosse. Der namentliche Verwaltungsgerichtsentscheid ist im Jahre 1999 ergangen, bereits seit einiger Zeit in materieller Rechtskraft erwachsen und für den Regierungsrat verbindlich. Es obliegt nicht dem Regierungsrat, als dem Kantonsgericht untergeordnete Rechtsmittelinstanz, die Entscheide des Kantonsgerichts zu überprüfen. Auf die Vorbringen der Beschwerdeführerin ist demzufolge nicht im Einzelnen darauf einzugehen.

18. Aufgrund der obigen Darlegungen hat die Beschwerdeführerin keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten für das von ihr in ihrem Elternhaus bewohnte Zimmer in der Höhe von Fr. 400.--. Die Sozialhilfebehörde hat demnach zu Recht der Beschwerdeführerin die Kosten an die Wohnung nicht gewährt.

(...)

22. Des Weiteren beanstandet die Beschwerdeführerin die Herabsetzung des Grundbedarfs um 20% auf Fr. 527.--. Zur Begründung führt die Beschwerdeführerin auf, dass sie ihren Pflichten, insbesondere der Stellensuche, immer erfüllt habe und auch weiterhin erfülle. Der monatliche Beitrag an ihre Eltern in der Höhe von Fr. 140.-- decke vor allem die ausserordentlichen Bewerbungskosten ab (Telefon, Porti, Internet). Durch diese Herabsetzung des Grundbedarfs auf monatlich Fr. 527.-- werde ihr faktisch die Stellenbewerbung fast verunmöglicht, da sie Fr. 400.-- für die Miete zu bezahlen habe, um einer Kündigung bzw. erneutem Rausschmiss zu entgehen. Es würden ihr lediglich Fr. 127.-- monatlich verbleiben. Mit diesem Betrag werde ihr auch eine vernünftige Wohnungssuche verunmöglicht. - Gemäss § 6 Absatz 1 SHG werden Unterstützungen unter anderem an die Aufwendungen für den Grundbedarf gewährt. Das Mass der Unterstützungen an die

Aufwendungen für den Grundbedarf beträgt bei einem Haushalt mit einer Person Fr. 1'060.-- (§ 9 Absatz 1 des Sozialhilfegesetzes vom 25. September 2001, SHV, SGS 850.11). Wohnen unterstützte Personen mit nicht-unterstützten Personen im selben Haushalt, wird die Unterstützung an ihre Aufwendungen für den Grundbedarf entsprechend ihrem Anteil an der Haushaltsgrösse gemäss § 9 Absatz 1 SHV reduziert (§ 9 Absatz 2 SHV; Kopfquote).

23. Im vorliegenden Fall lebt die Beschwerdeführerin im Haushalt ihrer Eltern. Die Eltern der Beschwerdeführerin werden nicht unterstützt. Es ist demnach von einem Drei-Personenhaushalt auszugehen. Der Grundbedarf für einen Drei-Personenhaushalt beträgt Fr. 1'976.--. Dies führt zu einem Kopfquotenanteil von Fr. 658.65.

24. Gemäss § 8 SHV deckt der Grundbedarf pauschal die Aufwendungen ab für Nahrung und auswärtige Verpflegung, Kleidung und Berufskleidung, persönliche Auslagen, Haushaltsverbrauchsmaterial, Post, Telefon, Radio- und TV-Gebühren, Elektrizität, Gas, Kehrichtgebühren, Prämien für Hausrat- und Haftpflichtversicherung sowie deren Selbstbehalte, U-Abo, Unterhalt von Velo oder Mofa, Haustiere, Hobbies, Spielsachen, Geschenke, Vereinsbeiträge und Ähnliches. Aufgrund der bereits hiervoor im Zusammenhang mit den Wohnungskosten vorgenommenen Ausführungen sind auch in Bezug auf den Grundbedarf Ausgabenpositionen zu streichen, von denen auszugehen ist, dass die Eltern der Beschwerdeführerin für diese aufkommen. Zu den fixen Kosten der Eltern der Beschwerdeführerin, die bei der Berechnung der Unterstützung bzw. beim Grundbedarf nicht berücksichtigt werden können, sind folgende Ausgabenpositionen zu rechnen: Nahrung (aus der Beschwerdebegründung ist zu entnehmen, dass die Eltern hierfür aufkommen), Berufskleidung, Haushaltsverbrauchsmaterial, Telefonanschluss, Radio- und TV-Gebühren, Elektrizität, Gas, Kehrichtgebühren, Prämien für Hausrat- und Haftpflichtversicherung. Die Sozialhilfebehörde hat diese Beträge auf Fr. 131.65 (Fr. 658.65 - Fr. 527.--) festgesetzt. Dieser Betrag ist als angemessen zu betrachten. Im Sinne der obigen Ausführungen im Zusammenhang mit den Wohnungskosten hat auch in diesem Sinne die Sozialhilfebehörde zu Recht eine Reduktion des Grundbedarfs vorgenommen. Die Beschwerde ist demnach unbegründet und folglich abzuweisen.

25. Die Beschwerdeführerin bringt vor, dass sie ihre Pflichten, insbesondere der Stellensuche, immer erfüllt habe und auch weiterhin erfülle. - Im vorliegenden Fall verkennt die Beschwerdeführerin, dass die Herabsetzung des Grundbedarfes nicht aufgrund schuldhafter Verletzung der Pflichten nach § 11 SHG i.V.m. § 18 SHV erfolgt ist. Die Herabsetzung des Grundbedarfs ist seitens der Sozialhilfebehörde vorgenommen worden, weil im Grundbedarf Ausgabenpositionen aufgeführt sind, für die die Beschwerdeführerin, da sie bei ihren Eltern wohnt, faktisch nicht aufzukommen hat.

(RRB Nr. 79 vom 23. Januar 2007)

